

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2905 und 2906.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Belegung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebenspaltsene Millimeterzeile oder deren Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Montag, den 2. Dezember 1918

Nummer 32

Nieder mit den Gegenrevolutionären!

Militärische Anmaßungen.

Unter den Militärs gibt es augenscheinlich Kreise, die immer noch nicht recht an den Ernst der Umwälzung zu glauben scheinen. Oder die wenigstens der Meinung sind, sie könnten es sich herausnehmen, die Errungenschaften der Revolution zu verhöhnen, ihre Wahrzeichen zu schmähcn, ihre Symbole in den Schmutz zu ziehen. Fast jeder Tag bringt neue Befundungen dieser konterrevolutionären Gesinnung und dieser aufstrumpfenden Anmaßungen. Wir haben bereits in unserem Morgenblatt den Bericht aus Bayern nach wiedergegeben, in dem ausführlich dargestellt wird, wie binnen weniger Tage mehrmals von den Offizieren der durchmarschierenden Truppen der Versuch gemacht wurde, die auf dem Stadthaus gehißte rote Fahne herunterzubolen. Am Sonntag vorletzten ging eine Rotte junger Soldaten auf Veranlassung ihrer Offiziere soweit, mit Waffengewalt die Entweihung des roten Tuches durchzuführen, und ein Hauptmann hielt hoch zu Ross an die versammelte Menge eine Ansprache, die mit einem Hoch auf „Seine Majestät“ schloß.

Daneben stehen nun schon wieder neue Meldungen. So wird auch aus Hamm (Westf.) berichtet, daß durchkommende Fliegeroffiziere die rote Fahne vom Rathaus herabrisen und auf offenem Markte verbrannten. Aus Baderborn wird ebenfalls ein Generallieutnant mitgeteilt, der einer Herausforderung gleichkommt. Der Oberbefehlshaber der 17. Armee, der General v. Mudra, scheint einer der argsten und wichtigsten Konterrevolutionäre zu sein. Schon vor einigen Tagen veröffentlichten wir aus einem von ihm ausgehenden Armeebefehl einen kurzen Auszug, der deutlich bewies, wes Geistes Kind der Herr ist. Er feierte darin den Feldmarschall Hindenburg, der mit dem Reichskanzler (1) Ebert, dem bisherigen Führer der gemäßigten sozialistischen Partei, zusammengesessen wolle, „um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern“. Diese Ausbreitung müsse unterdrückt werden. Andere Stellen in diesem Befehl sprachen von den „mit Recht bestehenden Gewissensbedenken bezüglich des Ebert, „unter dem Druck des Terrorismus“ ab.

Der Mahnruf, den wir mit dem Hinweis auf diese herausfordernde Kundgebung ausließen, scheint wirkungslos geblieben zu sein: wirkungslos insofern, als die leitenden Stellen nicht sofort gegen den Herrn v. Mudra einschritten, wirkungslos erst recht insofern, als dieser Herr keinerlei Lehren daraus zog. Denn dieser gleiche Herr v. Mudra veröffentlicht jetzt von Baderborn aus eine Proklamation, in der es wörtlich heißt:

„Ich habe die Kommandogewalt in diesem Abschnitt übernommen. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden fordere ich auf, mich in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Sollten sich in dem vorgenannten Operationsgebiet Soldaten- und Arbeiterräte gebildet haben, so haben sie sich selbstverständlich der militärischen Gewalt unterzuordnen. Das Tragen roter Abzeichen wird aus strengem Verbot.“

Das ist eine Sprache, wie sie überheblicher kaum gedacht werden kann. Glaubt dieser General, er könnte mit der Revolution Schindluder treiben? Die „militärische Gewalt“ als entscheidender Faktor der Politik hat ausgespielt. Herr v. Mudra scheint das allerdings noch nicht zu wissen. Nun, so wird es höchste Zeit, daß ihm diese Tatsache beigebracht wird! Der Mann darf keinen Tag länger auf seinem Posten bleiben.

Und wie gegen ihn muß gegen alle eingeklinkten werden, die ihre militärische oder sonstige Stellung dazu missbrauchen, um gegen die neue Ordnung zu intrigieren und ihre Errungenschaften und Wahrzeichen verächtlich zu machen. Wir wollen keinem die Freiheit seiner Gedanken und die Freiheit seiner Meinungsäußerungen verwehren. Die Revolution ist viel zu weiten Volkstreffen als Notwendigkeit ins Bewusstsein eingegangen, als daß die Gegen-

reien einzelner sie ernstlich gefährden könnten. Aber was nicht geduldet werden kann, ist, daß Leute handgreiflich vorgehen gegen Einrichtungen, die von der Revolution geschaffen wurden, und erst recht, daß Leute, die sich den Maßnahmen der siegreichen Revolution nicht fügen wollen, an verantwortlicher, leitender Stelle wirken.

Es kann auch nicht geduldet werden, daß Militärs, ohne geradezu gegen die neue Ordnung aufzutreten, immer wieder den Versuch machen, sich in politische Dinge einzumischen die sie nichts angehen. Wieder wird eine Kundgebung Hindenburgs bekannt, die außerhalb seiner „Kompetenzen“ liegt. Der Generalfeldmarschall verheißt den heimkehrenden Soldaten billiges Land und billiges öffentliches Geld und gibt seiner Proklamation auch in manchen Einzelheiten eine deutliche politische Note. Es ist Sache der Regierung, nicht nur die Maßnahmen zur Verjüngung der heimkehrenden Kriegsteilnehmer zu treffen, sondern auch ihre öffentliche Ankündigung vorzunehmen. Die „Deutsche Zeitung“ hat bereits Hindenburg als allein in Frage kommenden Retter Deutschlands, als künftigen Diktator proklamiert. Der General v. Mudra schrieb in seinem Armeebefehl von „Hindenburg, der allein imstande ist, alle Schwierigkeiten zu überwinden“. Es möchte fast aussehen, als ob die ewigen Telegamme und Kundgebungen des Feldmarschalls dazu beitragen sollen, ihm den Nimbus eines künftigen Retters des Landes zu schaffen.

Man würde die Arbeiter- und Soldaten, die diese Revolution zum Siege geführt haben, unterschätzen, wollte man glauben, daß sie sich so leicht überdöbeln oder durch die militärischen Anmaßungen um die Frucht ihrer Erfolge bringen lassen. Die Arbeiter und Soldaten werden, wenn es darauf ankommt, den putz- und konfliktklüsternden Herren Militärs schon heimleuchten. Schon haben deren Madenschäften eine starke Gegenbewegung ausgelöst. Das Vorhaben der Kreuznacher Offiziere hat die dortige proletarische Bevölkerung zu energischen Abwehrmaßnahmen veranlaßt. Eine Resolution eines Truppenteils aus der Armee des Herrn v. Mudra, die vor uns liegt, nimmt entschiedene Stellung gegen die „Verständnislosigkeit“, mit der manche Kommandostellen der neuen Situation noch immer gegenüberstünden, und verlangt Beiträge für die Armeeeoberkommandos, um sie zu unterstützen. Es ist aber auch dringend nötig, daß die Massen sich gegen die Provokationen der uniformierten und nicht-uniformierten Gegenrevolutionäre wenden. Man darf ihren Einfluß und vor allem ihre Wut und Erbitterung über den Verlust der alten Vorrechte auch nicht unterschätzen. Sie werden alles versuchen, die neue Ordnung zu stürzen und, solange ihnen das noch nicht gelungen ist, wenigstens zu diskreditieren. Man sehe ihnen genau auf die Finger und schlage ihnen darauf, wenn sie es nicht lassen können. In der hier an einzelnen Beispielen gekennzeichneten Weise durch gegenrevolutionäre Ausschüßversuche das Volk herauszufordern.

Arbeiterchutz und Friedensvertrag.

Amsterdam, 1. Dezember. (Telunion.) Der „Telegraaf“ berichtet aus Paris: Die Arbeiterkommission, welche eingesetzt ist, um eine internationale Arbeitergesetzgebung auszuarbeiten, ersucht die französische Regierung, in den Friedensvertrag die folgenden Bestimmungen aufzunehmen:

1. Es sind Garantien dafür von den unterzeichneten Mächten zu geben, daß durch internationale Vereinbarungen den Arbeitern menschenwürdige Arbeitsbedingungen gesichert wird.

2. Der Friedensvertrag soll auch die Reformen enthalten, die auf der Berner Konferenz im Jahre 1913 angenommen worden sind. Es sind dies: Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und ein Ruhentag für Frauen und jugendliche Arbeiter. Reformen für die Bedingungen, unter denen 14jährige Arbeiter in den Betrieb eintritt werden. Einschränkungen des Arbeitstages für Erwachsene. Einsetzung einer anderthalb-

tägigen Ruhezeit pro Woche, eine Bestimmung über Entschädigung bei Arbeitslosigkeit und Altersversicherung, Gleichheit von Lohn- und Arbeitsbedingungen für heimische und solche Arbeiter, die in der Fremde arbeiten, Einsetzung einer periodischen internationalen Konferenz der Mächte. An derselben dürfen aber auch Mächte teilnehmen, die den Friedensvertrag nicht unterzeichnet haben.

Für die sozialistische Republik.

Wien, 2. Dezember. In einer massenhaft besuchten Versammlung der Volkswehr erklärte Unterstaatssekretär GIBEL, die Anleihebank für die Schuldigen am Kriege sei schon bereitgestellt. Das Volk werde mit dem Stimmzettel in der Hand sein Urteil sprechen. Unterstaatssekretär Dr. Deutsch führte aus: Wir stehen erst am Beginn großer Umwälzungen. Sollten wir noch einmal genötigt sein, zu den Waffen zu greifen, dann werden wir sie nicht mehr für andere gebrauchen. Den Mächten von rechts erklären wir, daß das Volk entschlossen ist, die Republik zu verteidigen. Aus der demokratischen Republik muß die soziale Republik entstehen. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde eine Resolution angenommen, in der die Volkswehr erklärt, die Republik gegen alle Gefahren zu verteidigen.

Bayern und das Reich.

München, 2. Dezember. In einer Unterredung mit dem Hauptgeschäftsführer der „Münchener Neuesten Nachrichten“ legte der bayerische Finanzminister Dr. Jaffé seine Auffassungen über den künftigen Aufbau der bayerischen Volkswirtschaft und über das Verhältnis Bayerns zum Reich dar.

Er führte unter anderem aus: Das provisorische Zentralparlament kann nicht auf der demokratischen Basis allgemeiner Stimmgleichheit aufgebaut sein, sondern soll sich dem durch die Revolution geschaffenen Rätesystem anpassen. Zu den zur Zeit bestehenden drei Räten, dem Arbeiterrat, dem Soldatenrat und Bauernrat, sollen noch zwei weitere Räte treten, nämlich eine der freien Berufe, in der alle geistigen Arbeiter zu Worte kommen sollen, und eine Gewerbeluxie, die die selbständigen Erwerbstätigen umfassen soll. Weiter sprach sich Dr. Jaffé über verschiedene Fragen aus. Die einzelstaatlichen Regierungen der Repräsentationskörperschaften würden zu voller Bedeutungslosigkeit herabsinken, wenn sie keine Möglichkeit haben, auf die Zentralinstanz der gesamten deutschen Volkswirtschaft einzuwirken. Es solle deshalb aus Vertretern der bundesstaatlichen provisorischen Parlamente eine Art von Bundesrat-Exekutiv geschaffen werden.

Für die bayerische Volkswirtschaft gilt aber als eine Selbstverständlichkeit, daß die Einheit des Reiches unter allen Umständen gewahrt bleiben muß. Wir wollen große deutsche Politik treiben, wir wollen, daß der Geist und die Bedeutung Süddeutschlands ihren vollen Einfluß im Rahmen des gesamten deutschen Staates geltend machen. Wir bekämpfen die Vorkherrschaft Preußens, weil wir die Gleichberechtigung aller Gliedstaaten im Rahmen der deutschen föderativen Republik wollen, aber wir bekämpfen ebenso jede separatistische Neigung, möge sie kommen, woher sie wolle.

München, 2. Dezember. Unter ausdrücklicher Berufung auf die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs, mit dessen Aufrechterhaltung der Staat steht und fällt, fordern die Verbände der bayerischen Verkehrspersonals die Regierung des Reiches Bayern auf, ihr gegebenes Wort einzulösen, und sofort Verbesserungen für die alsbaldige Einberufung der bayerischen Nationalversammlung zu treffen.

Kapitalation in Ostafrika.

London, 1. Dezember. Reuters meldet aus London, daß am 26. November: Amtrak wird bekanntgegeben, daß General v. Sittow-Verbeek sich mit 30 Offizieren, 120 brennen Europäern, 1165 Kolari, 1516 Trägern, 492 irdischen und portugiesischen Trägern, 13 Eingeborenen-Hauptlingen, 288 männlichen Eingeborenen und 519 Frauen ergeben hat. Die Kolari bleiben bis zur Heimbeiderberung in Tobora, die Deutschen bis zur Ueberführung nach Europa in Dar-es-Salaam.

Der Brüsseler Soldatenrat.

Wie unendlich nützlich die Organisationen der Soldatenräte geleitet, wie sie für die Truppen geradezu die Rettung bedeutet haben, beweist der Bericht den der Vollzugsrat des Zentral-Soldatenrates in Brüssel über seine schwierige und verantwortliche Tätigkeit erstattet. Der Bericht, der von Einslein, Seinia und Netzebohm verzeichnet ist, lautet im Auszug:

Die Revolution in Brüssel war von besonderer Bedeutung. Es galt nicht nur revolutionäres Umgestalten, vielmehr Verwirklichung der Politik der neuen deutschen Republik.

- I. Unsere zurückziehenden Truppen mühten im Sinne der Revolution aufgeführt werden, eine Aufgabe von größter Bedeutung.
- II. Es mußte dem Ausland bewiesen werden, daß das neue Deutschland tatsächlich in einem neuen Geiste arbeitet und bereit ist, begangenes Unrecht des alten Regimes wieder gut zu machen.
- III. Der Rückzug der Heere und deutschen Zivilpersonen mußte gesichert werden.
- IV. Die Ernährung der Groß-Brüsseler Bevölkerung mußte ungestört erhalten bleiben.
- V. Die vollziehende Gewalt war wieder in die Hände der belgischen Behörden zurückzugeben.
- VI. Aufnahme von Verbindungen mit neutralen Gesandten zur Ausübung der belgischen Regierung mußte erfolgen.

Die Lösung der Aufgabe wurde folgendermaßen in die Wege geleitet:

1. Die offiziell angekündigte Aufhebung des Waffenstillstandes und Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wegen der Währungsfragen in Brüssel durch Soldaten, die nach Tausenden der Heeresleitung längt aus der Hand gegliedert waren, wurde verhindert durch Verhandlungen mit den neutralen Gesandten. Diese unterrichteten die belgische Regierung über die Lage in Brüssel und über die Tätigkeit und Ziele des Soldatenrates. Es wurde eine Verlängerung der Räumungsfrist Brüssels erreicht.

2. Der Fürstprimas Kardinal Mercier beruhigt durch tägliche Hosenbriefe und Maueranschläge die Bevölkerung.

3. Verhandlungen mit den Leitern der belgischen Arbeiterbewegung, welche die sehr erregte Bevölkerung beruhigten.

4. Der Soldatenrat Brüssel verhängt Beschränkung berechtigter Ansprüche der geschädigten Bevölkerung und gabt Entschädigungen für begangene Währungsfragen. (4 Millionen an die Stadt, weitere Summen für Einzelsfälle, darunter 115 000 M. an die Bank Nord.)

5. Die 30-40 000 belgischen Eisenbahner hatten beschließen, am Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Streik zu treten. Durch Verhandlungen wird dieser Streik, der den gesamten Rücktransport unmöglich gemacht hätte, verhindert.

6. Besprechung der Liebergabe des zurückgelassenen gewaltigen Materials durch die Militärbehörden an die Stadt Brüssel. Dies mit der Maßgabe, daß bestimmte Werte auf die Kriegsentwädigung angerechnet seien.

Die belgischen politischen Gefangenen werden freigelassen, u. a. der sozialistische Senator Colleaux. Bürgermeister May wird durch den Soldatenrat im Automobil von Goslar zurückgeholt.

Die Verwaltungstrennung zwischen Fländern und Wallonien wird aufgehoben. Der Soldatenrat erklärt, daß er in innerpolitische Verhältnisse sich niemals einmischen werde.

9. Die belgischen Gerichte werden vom Soldatenrat wieder eingesetzt und nehmen unerbittlich ihre Tätigkeit wieder auf.

10. Die deutschen Lebensmittelzentralen, die Teile der belgischen Verpflegung vermarkteten, werden aufgelöst. Die Bestände werden dem Komitee National übergeben.

11. Der Abtransport der in Holland für Belgien angekauften Nahrungsmittel wird sofort in die Wege gesetzt, im besonderen durch Freimachen der Schleusen und Sichern des Automobilverkehrs des Comité National.

12. Brüssel hat nur noch für zwei Tage Kohlen. Der Soldatenrat beantragt Antransport durch seine Verkehrs-Kommission.

13. Das Comité National erklärt sich dem Soldatenrat gegenüber bereit, falls den deutschen Truppen Nahrungsmittel fehlen, solche zu liefern gegen spätere Rückerstattung.

14. Schutz der neutralen Gesandtschaften. Der Soldatenrat ermöglicht die Wiederaufnahme des Kurierdienstes nach Holland und sicher, die Messen der Gesandten durch die Front.

15. Außer dem spanischen, holländischen und luxemburgischen Gesandten werden der belgische Minister Baron Goffinet und der Hofmarschall des Königs von Belgien Graf Arschot von dem Soldatenrat durch die Front geleitet zur Vereinfachung bei der belgischen Regierung über die neue politische Lage in Brüssel.

16. Anregung, die Verwundeten mit Pfleger- und Krankenpersonal unter den Schutz der neutralen Gesandten zu stellen. Die deutschen Frauen und Mädchen werden nach Vereinbarung

des Soldatenrates mit dem holländischen Gesandten über Holland abtransportiert.

17. Ein Staatsgerichtshof für Vergehen in Belgien wird vom Soldatenrat bei der deutschen Regierung beantragt, zur Untersuchung über: Deportation der belgischen Arbeiter; Niederziehung der belgischen Industriewerke; Frage der M. H. Cowell, Post Minister, der mit zwei Dispositionen gegen Raden und Köln markieren wollte, um die Revolution niederzuschlagen.

Der Bericht fordert energisch die Bestrafung der Schuldigen und schließt: der Vollzugsrat erwirbt von der deutschen Regierung, daß sie unerbittlich ohne Druck der Alliierten den Staatsgerichtshof bildet und die Akten des Generalgouvernements für Belgien durch Beschlagnahme sichert, soweit sie noch vorhanden sind.

Das Dokument zeigt nicht nur, welche schwere und ungewöhnliche und bisher ungewohnte Aufgaben, die von den Soldaten, unter dem allerdings gescheiterten Sozialisten die Führung hatten, energisch und hingelöst worden sind; es beweist auch richtige politische Erkenntnis. So viel wir wissen, ist die Forderung und Beschlagnahme der Akten erfüllt. Aber ebenso dringend ist die Verhaftung und Aburteilung aller Schuldigen.

Und nicht nur dieser Schuldigen allein. In Wien sind die Staatsmänner und Generale, die sich vergangen haben, bereits sichergestellt und die Unternehmung im Gange, der Staatsgerichtshof gebildet. Und das von einer Koalitionsregierung, in der zwei Drittel Bürgerliche sitzen. Hier zögert eine rein sozialistische immer noch, fördert damit das Vertrauen der Massen und ermutigt die Gegenrevolution! Danton hat es gesagt und Marx hat es wiederholt: in der Revolution gilt nur eine Parole: Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit. Die deutsche Revolutionsregierung soll auf der Hut sein, daß es nicht einmal von ihr in der Geschichte heißt: Bedenken, Bedenken und immer wieder Bedenken!

Das Wahlrecht zur Nationalversammlung.

Die Wahlkreise, die Wahlvorschläge und die Wahlordnung.

Das Wahlrecht zur Nationalversammlung darf nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden, in dem der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen ist. Beim Wahlkommissar sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag Wahlvorschläge einzureichen. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens hundert im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

Der 25. Paragraph der Wahlordnung regelt das Verhältnis zu Deutschsterrern:

Bezieht die Deutsche Nationalversammlung, daß Deutsch-Oesterreich seinem Wunsch entsprechend in das Deutsche Reich aufgenommen wird, so treten die deutsch-oesterreichischen Abgeordneten ihr als gleichberechtigte Mitglieder bei. Voraussetzung für den Beitritt ist, daß die Abgeordneten auf Grund allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahlen unter Beteiligung auch der Frauen nach den Grundgesetzen der Verhältnisse gewählt worden. Die Zahl der Abgeordneten wird auf der Grundlage bestimmt, daß durchschnittlich auf 150 000 Seelen ein Abgeordneter entfällt. Der Wahltag braucht mit dem deutschen Wahltag nicht zusammenzufallen.

Die Anlage führt die 38 Wahlkreise auf:

Je einen Wahlkreis bilden:

	Mit Einwohnern:	Zu wählen sind Abgeordnete:
1. Die Provinz Ostpreußen	2 084 175	14
2. Die Provinz Westpreußen	1 708 474	11
3. Die Stadt Berlin	2 071 267	14
4. Die Reichstagswahlkreise Potsdam 1-9, soweit sie zum Regierungsbezirk Potsdam gehören	1 544 851	10
5. Der Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehört	1 814 576	9
6. Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O.	1 238 180	8
7. Die Provinz Hannover	1 718 921	11
8. Die Provinz Posen	2 009 931	14

9. Der Regierungsbezirk Breslau	1 841 598	12
10. Oppereln	2 207 931	15
11. Diegnitz	1 176 588	8
12. Magdeburg u. Anhalt	1 580 118	11
13. Merseburg	1 809 510	9
14. Die Provinz Schleswig-Holstein und das zu Oldenburg gehörende Fürstentum Lüneburg	1 682 804	11
15. Die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück sowie Oldenburg ohne die Fürstentümer Birkenfeld und Lüneburg	1 041 810	7
16. Die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg u. Braunschweig	2 356 866	15
17. Die Regierungsbezirke Münster und Minden, der zur Provinz Posen-Kassau gehörige Kreis Schoumburg sowie die beiden Lippe	1 971 486	13
18. Der Regierungsbezirk Arnberg	2 300 849	15
19. Die Provinz Sleswig-Kassau ohne die Kreise Schaumburg u. Schmalldalen, ferner der Kreis Westphalen, von Regierungsbezirk Koblenz sowie Waldeck	2 251 629	15
20. Die Regierungsbezirke Köln und Aachen	1 940 817	13
21. Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier ohne den Kreis Westphalen, ferner das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Birkenfeld	1 750 810	11
22. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1-5, soweit sie zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehören	1 820 508	12
23. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 6-12 des Regierungsbezirks Düsseldorf	1 507 790	11
24. Die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben	2 821 918	15
25. Die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz	1 824 618	9
26. Die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken	2 803 673	15
27. Der Regierungsbezirk Westfalen	937 085	6
28. Die sächsischen Reichstagswahlkreise 1-9	1 771 117	12
29. Die sächsischen Reichstagswahlkreise 10-14	1 186 330	8
30. Die sächsischen Reichstagswahlkreise 15-23	1 870 214	12
31. Der Reichslandkreis und der Jagellonkreis	1 297 638	9
32. Der Schwarzwalddistrikt und der Donaukreis sowie der Regierungsbezirk Sigmaringen	1 211 047	8
33. Baden	2 149 833	14
34. Hessen	1 282 061	9
35. Westfalen-Estwestfalen, Westfalen-Streit und Lüneburg	862 999	6
36. Die holländischen Staaten Ostfriesland, Groningen, Friesland, Drenthe, Overijssel, Zeeland, Utrecht, Gelderland, Limburg und die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß sowie der Regierungsbezirk Erfurt und der zur Provinz Sleswig-Kassau gehörige Kreis Schmalldalen	2 160 609	14
37. Braunschweig, Bremen, und der Regierungsbezirk Stade	1 743 545	12
38. Ost- und Westpreußen	1 874 014	12

Insgesamt sind demnach 433 Abgeordnete zu wählen. Nach der Wahlordnung müssen die Wahlkommissionen unverzüglich ernannt werden, die Ernennung öffentlich bekanntzumachen. Der Wahlkommissar hat spätestens vier Wochen vor dem Wahltag eine Aufzeichnung von Wahlvorschlägen durch eine Bekanntmachung aufzufordern. Die Wahlhandlung beginnt am 9. November vormittags. Der Wahlkommissar hat die Gewählten von dem auf sie gefällenen Wahl zu benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären. Erwidern oder Annahme unter Vorbehalt oder Verzögerung gilt als Ablehnung.

Die polnische Konstituante.

Ein Erlass Wilnis gibt die Wahlordnung für die Konstituante bekannt. Die Wahlen finden am 28. Januar statt. Wichtig ist, daß auch die polnischen Gebiete Deutschlands mitzählen sollen. Es sollen zehn Wahlkreise gebildet und nähere Angaben nach einer Rücksprache mit den Vertretern der dortigen Polen erfolgen.

Bebrüderung.

Deine Tränen, Menschheit, hängen Ueber dir in schwerer Wolfe, Rahem Niederbruch geeint. Und in Fernen werden sie gewiebt, Dargeströmt von hartem Volke, Fluß an Fluß in abgewandten Gänge.

Leid, aus dem wir uns begegnen, Brüder über vielen Reichen, Du wirst hoch und groß. Und wir betten uns in deinen Schoß. Schwere Wolfe sondergleichen, Bis uns, daß wir niederregnen.

Deine Tränen, Menschheit, werden Hande ohne Grenzen tränken. Wäßer, die sie hingewiebt, Fiehn, in ihrem Niederfall geeint, Sonst und groß mit Gold und Herden, Brüderlich einander zu beschenken.

Ulrich Steindorff.

Zur Reform des Geschichtsunterrichtes.

In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ macht ein Oberlehrer Vorschläge zur Reform der höheren Schulen. Für die Geschichte fordert er Beseitigung der byzantinischen Lebensbilder. Außerdem soll an Stelle der Kriegsgeschichte Verfassungsgeschichte und sozialistische Bürgerkunde treten.

Für die Lebensbilder aus der vaterländischen Geschichte ist in der Schule kein Platz mehr, auch wenn es sich nicht um die Hohenzollern, sondern um Plato und Marx handeln würde. In der Sexta, wo dieser Einführungsunterricht erteilt wird, ist kein Verständnis für die behandelten Persönlichkeiten zu erzielen; es kann allenfalls Personenkultus getrieben werden.

Was die Forderung nach Beseitigung der Kriegsgeschichte betrifft, so geht sie entschieden zu weit. Kriege haben in der politischen Geschichte eine bestimmte Rolle gespielt. Es kann sich nicht darum handeln, die Belagerungsgeschichte oder den Krieg 1870-71 mit Stillzweigen zu übergehen; sondern sie müssen anders und

besser erklärt werden als seither. Die ökonomischen Verhältnisse, die Klassenverhältnisse, die wirtschaftlichen Momente sind zur Erklärung heranzuziehen. Der Patriotismus der preussischen Junker von 1813 gewinnt dann sofort ein anderes Gesicht. Oder man Friedrich II. und Friedrich Wilhelm III., ebenso für die hochselige in England, an die Hussitenbewegung, an die Koalitionskriege usw. Selbstverständlich kann die Hohenzollerngeschichte bis zum Großen Ausbruch auf einer halben Seite erledigt werden. Indessen ist es ratsam, die Hohenzollernlegenden zu zerstreuen, indem man auf ihre Abhängigkeit vom Junkertum hinweist. Quellenmäßig ist das möglich an der Hand von Guel Eiders Ende des Reiches für Friedrich II. und Friedrich Wilhelm III., ebenso für die hochselige Luise.

Da der Geschichtsunterricht insbesondere das politische Verständnis für die Gegenwart erwecken soll, tritt die Geschichte des Mittelalters etwas zurück. Die Kaisergeschichte ist auf ein Minimum eingeschränkt; dagegen ist die Bedeutung der Kirche für diese Zeit nach Gebühr zu würdigen.

Für die neuere Zeit ist die sozialistische Literatur heranzuziehen. Die jetzt schon in reicher Menge zur Verfügung steht. Dazu bedarf es freilich einer grundlegenden Veränderung in der Methodik des Geschichtsunterrichtes.

Nach der Ansicht der seither am Ruder befindlichen Männer ist es die Aufgabe des Geschichtsunterrichtes, die Schüler für alles Gute, Edle, Gemaltige, Erhabene zu begeistern, sie über das Alltägliche zu erheben. Im Mittelpunkt stand der begeisterte Vortrag des Lehrers. Hier lag die Gefahr. Der Geschichtsunterricht hat dadurch seinen wissenschaftlichen Charakter verloren. Während sich überall die Tendenz geltend machte, die Schüler selbsttätig sein zu lassen — freilich ist man auf den höheren Schulen darin nicht weit gekommen — begnügte man sich in der Geschichte damit, den Schülern eine fertige Meinung vorzusetzen. Auf diese Weise rüde der Geschichtsunterricht in eine Linie mit dem Religionsunterricht. Er wurde zur Teelieferung. Es gilt vor allem die Geschichte in den Schulen wieder zu einem wissenschaftlichen Fach zu machen, in welchem es in erster Linie darauf ankommt, daß die Schüler unter der Leitung des Lehrers geschichtlich denken und arbeiten lernen.

Wie das möglich ist, möchte der Verfasser an der Hand von Versuchen zeigen, die er als Fachlehrer der Geschichte an einem Landerschule ange stellt hat.

Der Einführungsunterricht wurde in der Weise erteilt, daß die Schüler in einfacher Weise einen Einblick in bestimmte Kulturgebiete erhielten, die sie aus eigener Anschauung kennen lernen konnten. 1. Die Burg. Wir besuchten die Eisenburg, die bequemer zu erreichen war. Die Burg wurde gemessen, gezeichnet, in Plakata nachgebildet und ihre einzelnen Teile an Ort und Stelle erklärt. Es wurde versucht, den Kindern ein möglichst getreues Bild vom Leben auf der Burg zu geben. 2. Die Hand von Hauffe. Die Hand von Hauffe ist ein ähnliches Romanen. Der tragische Lage der zur Burg gehörigen Bauernbesitzer wurde hervorgehoben, so daß die Kinder mit einem Gefühl der Erbitterung die zerstörte materielle Ruine betrachteten. 3. Das Kloster. Die Hand von Hauffe. Es wurde gezeichnet, gelesen und über die Bedeutung der Klöster und der Kirche im Mittelalter gesprochen. Anknüpfung hierzu bietet Kauffe in seiner Schrift über Thomas More oder auch Mehring in seiner deutschen Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. 4. Die Stadt. Wir besuchten Hoppenheim, gezeichnet die interessantesten Häuser, Kirchen, Plätze, in welchen ab. In der Hand von Hauffe ist die Geschichte dieser Stadt und zogen die Inschriften heran, die wir in der Kirche und an anderen Stellen fanden. Wir suchten uns Klar zu werden über den Unterschied einer mittelalterlichen Stadt und einer modernen. 5. Deutsche Vorzeit. Wir besuchten das Museum in Bensheim. Das Museum enthält nur Funde aus der Vorgeschichte: a) Gerste aus der Steinzeit; b) aus der Bronze- und Eisenzeit; c) aus der Römerzeit. Die Schüler zeichnen, versuchen Steinbeile u. dergl. herzustellen. Dabei wurden die Fragen behandelt: Wie lebten die Menschen in der Steinzeit? Wie lauten die Wörter in diese Vorgeschichte?

Der eigentliche Geschichtsunterricht wurde ohne Leitfaden erteilt. Ich ging dabei von dem Gesichtspunkte aus, es komme nicht darauf an, dem Schüler einen vollständigen Ueberblick über die Weltgeschichte von 6000 vor Chr. bis 1914 nach Chr. zu geben, sondern daß er einige Hauptereignisse der Geschichte genau kennen lerne und daß ihm dabei eine Methode der Erarbeitung aneignen werde. Die ihn befähigt, sich auch anderswo in der Geschichte zurechtzufinden. Die Schüler (etwa 15-20) arbeiteten alle in einem Raum, der zugleich die Bibliothek enthielt. Jeder Schüler hatte im Halbjahr zwei Thematika zu bearbeiten. Es wurden Aufgaben vorgegeben der Art verteilt: Die Hussitenbewegung. (Literatur: Kauffe. Die Vorläufer des Sozialismus.) Aus den Vorlesungen (Literatur: Kauffe. Das Ende des Reiches, Das Reich ist reich an

Tagung der Front-Soldatenräte.

Bad Ems, 1. Dezember. Der Delegiertentag der Front-Soldaten in Bad Ems wurde heute eröffnet. Anwesend waren 300 Delegierte, die 20 Divisionen vertreten. Zahlreiche Offiziere waren zugegen. Die Versammlung verlor sich infolge der politisch vielfach ungeklärten Redner in eine fruchtlose Geschäftsordnungsdebatte.

Als erster Redner für die Oberste Heeresleitung und die Regierung führte Reichstagsabgeordneter Wiebel aus, daß das Heer lange Zeit ohne Zeitungen und dadurch ohne Kenntnis der Zustände geblieben sei, wodurch manches Mißverständnis entstand. Wenn schon früher die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, einen solchen Delegiertentag der Frontsoldaten einzuberufen, so würde mancher Schaden vermieden worden sein. Alle hätten nur den Wunsch, sehr möglichst schnell nach Hause zu kommen, weil sie der Meinung wären, daß ihre Anwesenheit zu Hause nötig sei, um wieder Ordnung zu schaffen. Die Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat hätten in Verbindung mit der Regierung eine ungeheure Arbeit geleistet, weil noch dem Zusammenbruch der alten Autorität in kurzer Zeit eine brauchbare Nachschicht geschaffen werden mußte. Die Vorgänge in der Heimat würden auch gewissenhaft beim Frontheer entfallen, um das Gefühl entstehen zu lassen, als seien die heimatischen Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Frontsoldaten. Leider könne von der Seite nicht gesagt werden, was vom Frontheer verlangt werden müsse, das Ordnung und Disziplin aufrechterhalte; die Stämme aber habe sich losgelöst und fast verheerend leistungsfähig gezeigt. Bei dieser Lage der Dinge, sagte Wiebel, haben die heimatischen Arbeiter- und Soldatenräte im Interesse des Frontheeres oft schmerzhaft eingreifen müssen. Wenn man die Arbeit der Heimat und die Wirkung des U-Boot-Krieges und die Wirkung des Eintrittes Amerikas in den Krieg überläßt, mußte man sich sagen: Lieber ein Ende mit Schrecken, als einen Schrecken ohne Ende, aber hätte ich lieber die alten Gewalten, welche uns in dieses Unglück hineingeführt haben? (Zurufe: Nein, nein!)

Nicht nur militärische Notwendigkeiten, sondern auch politische haben die oberste Heeresleitung zu diesem Schritte bestimmt. Der, der früher regiert hat, der Träger der Krone, mag er persönlich gemein sein, wer er wolle, war der Vertreter des Agrarismus und des Feudalismus. Er muß die Schuld, die letzte große Schuld, jetzt dadurch büßen, daß er unter einem freien Volke, verstoßen von dem eigenen, sich auflöst. Hätte er rechtzeitig den Mut gehabt, abzutreten, so hätte er als freier Bürger nach wie vor unter uns sein. Die Sozialdemokraten Vertreter des Bürgertums, wir wollen Demokratie und Volksherrschaft und wünschen, daß auch das Frontheer das Erstgeburtrecht, nämlich das Wahlrecht zu der Nationalversammlung, erhält. (Vielfache Bravo's.) Um dies durchzuführen, bedarf es Vorbereitungen. Ich kann mitteilen, daß die Regierung mit einer Majorität von vier gegen zwei Stimmen nunmehr beschlossen hat, die Wahl zur Nationalversammlung am 16. Februar stattfinden zu lassen. Wir haben nicht Zeit, bis alle Welt für den Sozialismus reif sein wird. Wir müssen mit dem, was wir haben, rechnen. Die Umstände zwingen uns, rasch zu handeln, handzuhalten und einzugreifen. Nicht nur politische Demokratie, sondern auch Sozialismus ist erforderlich, wenn wir das Volk aus der großen Not herausführen wollen.

Als erster Redner der Frontsoldaten sprach ein Vertreter der 7. Kavallerie-Division: Wir sind die Männer gewesen, die das Heer in Ordnung zurückführten aber wir sind auch die Männer, die den Mut haben, die Regierung unter allen Umständen zu schützen. Wir sind hier, um Aufführung von Unen zu bekommen, wie weit die Regierung dieses Schutzes bedarf.

Ein Vertreter der vierten Armee erklärte: Die Frontsoldaten tragen in diesem Augenblick eine schwere Verantwortung dem Vaterlande gegenüber. Es ist uns unsere Pflicht, ein offenes Auge zu haben für die Missetaten von rechts, Mancher Offizier, der rasch umgelehrt hat, wird ebenso rasch wieder umlernen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet. Wir alle wollen es laut aussprechen, daß wir uns niemals dazu gebrauchen lassen werden, den Wünschen der Gegenrevolutionäre zu dienen. (Lebhaftes Bravo!) Die Regierung hat die Pflicht, uns zu einem schnellen Frieden zu führen. Dann wird sie finden, daß sie der Unterstützung des Heeres sicher ist.

Ein Vertreter der ersten Armee führte aus: Ich werde mich gegen die politischen Ausführungen des Reichsabgeordneten Wiebel, weil in der Denkschrift der Obersten Heeresleitung ausdrücklich gesagt wird, daß parteipolitische Ansprüche unterbleiben sollen. Wir stellen uns alle auf den Boden der Regierung, einen sozialistischen Staat und eine sozialistische

Wirtschaft aufzubauen. Ich möchte auch noch fragen, ist die letzte Regierung überhaupt in der Lage, einen Präliminarvertrag abzuschließen? Ist sie in der Lage, dieses bis zum Zutritt der Nationalversammlung im Februar zu tun? Meines Erachtens können wir nicht warten bis zum Februar. Ferner möchte ich fragen, wie das Verhältnis des Berliner Volksrates zu der Regierung ist. Ebenso möchte ich fragen, wie sich die deutschen Freischoten zu der jetzigen Regierung stellen. Wie denkt sich die Regierung den Frieden und das Zusammenarbeiten mit den anderen deutschen Staaten? Wir haben keine Lust, uns der Diktatur der Spartakusgruppe zu unterwerfen, aber wir wollen auch offen aussprechen, daß die jetzige Regierung nichts anderes ist als eine Diktatur.

Ein Vertreter der vierten Armee sagte: Wir werden niemals gegen die Soldatenräte der Heimat gehen. Es ist falsch, von uns zu glauben, daß die Stimmung des Frontheeres eine solche sei.

Regierungvertreter Wiebel erklärte, daß das Zusammenarbeiten mit dem Volksrat zur Zeit ein sehr gutes sei. Es sei auch nicht nötig, sich über die jetzigen Strömungen in Bayern zu beunruhigen. In allen deutschen Freistaaten sei der Wille vorhanden, die Einheit des Reiches aufrecht zu halten. Dagegen dürfte man die von kapitalistischer Seite des Rheinlandes angestrebte Trennung und den eventuellen Anschluß an Frankreich nicht unterstützen. Die Leute, die dieses anstreben, seien Leute, die noch vor kurzem bei den U-Booten den Mund nicht voll genug halten können können. Demgegenüber wollen wir festhalten, daß das Frontheer mit aller Macht für die Einheit des Reiches eintritt.

Hierauf wurde die Vormittagsitzung geschlossen und die Nachmittagsitzung auf 3 Uhr angesetzt.

In der Nachmittagsitzung

sprach als erster Redner Volksbeauftragter Varr: Es ist bedeutend schlechter um Deutschland bestellt als wir wissen. Es ist meine Pflicht, nichts zu verheimlichen. Es ist so trübe und so schwer. Wenn wir nicht alles auf die Waage bringen, kommen wir nicht weiter. Man muß nicht, wie es gemacht werden soll. Die erste Sorge war für uns die Zurückbringung des Milizenschatzes über den Rhein. Wir dankbarheit und Bewunderung habe ich gerade auf meiner Reise von Berlin nach hier gesehen, wie dieses Heer durch Selbstaufopferung und Unterordnung es fertig gebracht hat, diese schwere Aufgabe zu lösen, und ich kann sagen, daß sich die Regierung in allen ihren Missetaten freut, wenn sie davon Mitteilung erhält. Vor allen Dingen wolle ich die Arbeitergruppen, welche in den ersten Tagen das Werk der Zurückführung der Truppen geleistet haben, trotzdem sind nur verhältnismäßig kleine Massen in Gefangenenschaft geraten. Die größte Masse ist zurückgeführt. Weiter waren wir auch gezwungen, gegen einzelne Offiziere, welche kein Verständnis für die Neuordnung der Dinge haben, energisch vorzugehen. General Eberhard mußte zur Disposition gestellt werden. Aber alles dies ist in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung und dem Kriegsministerium geschehen. Zerklüft ist die Lage unserer Truppen im Osten. Es ist nicht wahr, daß die ersten Nachschubtruppen gut organisiert hatten. Erbärmlich, schwach, leichtfertig haben sie gehandelt. Somit wäre es nicht möglich, daß wir heute vor so schweren und unlöslichen Aufgaben ständen. Sie kennen die Stimmung der Bevölkerung in der Ukraine, im Baltikum, in Polen, in Finnland. Es ist nicht abzusehen, wie es möglich gemacht werden kann, die großen Truppenmassen aus dem Osten zurückzuführen. Selbst bei schneller Durchführung wird es nicht möglich sein, die Reste vor den nächsten drei Monaten zurückzuführen. Das ist jetzt im Winter angesichts einer feindlichen Bevölkerung eine fast unüberwindliche Perspektive. Hoffen wir, daß es unserem Heere nicht geht wie dem Kavaleers im Jahre 1912.

Varr erklärte in seiner Rede weiter: Unsererseits wird alles geschehen, um unseren Brüdern im Osten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen. Verhältnismäßig am besten hat es die Armee Madajen, welche in Ungarn interniert wurde, weil sonst der Waffenstillstand von unseren Feinden nicht gehalten worden wäre. Die Nationalversammlung wurde von der Regierung mit vier gegen zwei Stimmen auf den 16. Februar angesetzt. Ich muß erwähnen, daß ich für denartig schnelle Wahlen nicht war. Meine Bedenken gegen einen solchen frühen Termin begründe ich damit, daß noch niemals authentisch mitge-

teilt wurde, daß die Nationalversammlung eine Voraussetzung für einen leichten Frieden sei, daß die Besatzungsbedingungen, die jetzt vorhanden sind und in Oberösterreich und im Rheinland kapitalistisches Interesse haben, aufrecht sein sollen, daß vor allen Dingen ebenfalls auch eine Klärung über die Ostfrage und Kriegsvorgängen vorausgehen müsse. Kriegsvorgängen ist noch ganz und gar nicht nach Wilsons Erklärungen als zu Frankreich gehörig zu betrachten. Wenn wir aber die Nationalversammlung ohne Klärung dieser Frage erlangen, dann darf man annehmen, daß wir stillschweigend die künftige Annexion durch Frankreich billigen.

Am tröstlichsten ist unsere Ernährungspolitik. Sie war eine Vandalenpolitik. Was uns da alles vorgefallen wurde, ist unglücklich. Was zuletzt hat man uns gesagt, daß die Ernährung vollständig gesichert sei, und jetzt tritt man vor uns hin und sagt, daß die Lebensmittelvorräte kaum für sechs Monate reichen und das nur bei verminderten Rationshöhen. Aber ohne Essen können wir unsere ganzen Kräfte nicht ausgeben. Nebenher sollen die Dispositionen über die Rohstoffe und die Arbeitskraft. Aber wir wissen, daß wir noch zu einer weiteren Verminderung der Arbeitskraft gezwungen werden, weil es nicht möglich ist, in anderer Weise über die Rohstoffe zu verfügen, als daß wir sie gleichzeitig in Deutschland verteilen und dadurch eine gleichmäßige Verarbeitung soweit wie möglich herbeiführen. Der Mangel an Rohstoffen ist es, der uns zu einer weiteren Verlängerung der Arbeitszeit zwingen wird, und auch dann noch werden wir nur für einige Wochen Rohstoffe haben.

Unter diesen Umständen müssen wir hier aussprechen, daß Deutschland nicht den Willen hat, irgendwie die Waffenstillstandsbedingungen zu brechen. Wir wollen es laut aussprechen, daß wir bereit sind, alles anzunehmen, was von der Entente diktiert ist. Wir wollen es annehmen, weil wir wissen, daß alles dies noch weniger schlimm sein wird als das weitere Hinwärtsgehen. Wir wollen doch endlich wissen, woran wir sind damit wir in Ordnung kommen, um den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens beginnen zu können. Noch vielfach stürmischen Unterbrechungen legte der Redner die Notwendigkeit der Aufhebung auf dem Lande dar und betonte, was geleistet werden müsse, um die unerschöpflichen Opfer, die uns der Krieg durch die Unterhaltung der Kriegsschicksaligen auferlegt hat, tragen zu können. Alles dies sei nun möglich, durch die Ueberführung der Wirtschaft in eine sozialistische.

Waffenstillstand heute kurz das Verhältnis zwischen dem Volksrat und der Regierung dar.

Es wurde ein Antrag angenommen, daß die Delegierten der Frontsoldaten fünf Mann als ständige Mitglieder an den Berliner Volksrat ansetzen sollen. Die Wahl dieser Delegierten findet morgen statt.

Nach längerer unwesentlicher Geschäftsordnungsdebatte wurde folgende

Resolution

angenommen.

Wir in Bad Ems versammelten Delegierten des Heeres begrüßen die neue deutsche Freiheit, trüben die junge deutsche Republik. Wir sind gewillt, die Errungenschaften der Republik gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite sie immer kommen mögen, gegen gegenrevolutionäre Strömungen von rechts, die auf eine Wiederherstellung des letzten Reiches abzielen, gegen Versuche von links, die Gewalt von oben durch die Gewalt einer Minderheit von unten zu erheben, denn damit würde nur der Friede verhindert, die Einheit des Reiches gefährdet, die Ordnung im Innern aufgelöst und ein Neubau des Vaterlandes unmöglich gemacht. Beide Versuche führen lediglich zum Bürgerkrieg. Für den Neubau ist politische Demokratie, aber auch, um die Folgen der Verwüstungen des Krieges zu heilen, die schrittweise Sozialisierung der dafür reifen Betriebe notwendig. Nur so können wir vor allem die heiligen Pflichten, die das Volk gegen die Opfer des Krieges, die Witwen und Waisen unserer gefallenen Kameraden, die Kriegsschicksaligen hat, erfüllen. So nur ist es möglich, auf die sozialpolitischen Forderungen des werktätigen Volkes, der Hand- und Kopfarbeiter, zu verwirklichen.

Um so mehr beklagt der Vertretertag des Heeres die Streiks in lebenswichtigen Industrien. Wir, die wir in jahrelangen schweren Kämpfen unser Leben eingesetzt haben, appellieren an die Einsicht und Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft, den Wiederaufbau durch Arbeitsverweigerung nicht zu gefährden, denn gerade die minderbemittelten Bevölkerungsteile würden am schwersten unter den Folgen zu leiden haben, unsere Erziehungsmöglichkeit aufs rechte gefährdet werden. Der Vertretertag ist sich bewußt, daß zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich eine geschäftigere Regierungsgewalt gegründet werden muß. Er verlangt deshalb die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung. Die Teilnahme muß für alle wahlberechtigten Angehörigen des Heeres gesichert sein.

Der Vertretertag hat das Vertrauen zu der Regierung Eberthausen, daß sie in dieser Richtung ihre ganze Kraft einsetzen wird und bestrebt sich deshalb im Namen des Heeres entschlossen entgegen zu sein.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nur gegen die schrittweise Sozialisierung hatten sich vier Stimmen ausgesprochen. Hierauf wurde die Sitzung verlesen und die nächste Sitzung für morgen 9 Uhr angesetzt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Zu den Richtlinien des Kultusministeriums.

Durch W. L. B. wird mitgeteilt: Vom Herrn Kultusminister Dänisch werden wir einmündig, folgendes zu erklären:

Die „Freiheit“ bringt unter der Ueberschrift „Erreichtes und Erreichtes“ eine umfangreiche Liste der Reformpläne des Kultusministeriums. Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß es sich hierbei lediglich um eine in aller Eile entworfenen und zusammengepackten tabellarischen Uebersicht für den englischen Dienstgebrauch handelt, der keinesfalls irgendwelche offizielle oder auch nur offizielle Bedeutung beizumessen ist. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung muß es entschieden ablehnen, auf den genannten Programmtext, der keineswegs zur Veröffentlichung in der Presse bestimmt war, festgelegt zu werden. Eine amtliche Darstellung des Kultur- und Schulprogramms des neuen Ministeriums wird zu gegebener Zeit erfolgen.

Uns ging die vorstehende Klarheit in einer solchen Form zu, daß wir annehmen mußten, die Veröffentlichung sei erwünscht.

Politische Nachrichten.

Eine Kommission zur Prüfung der Stellung des deutschen Kaisers in Holland wurde von der Regierung im Haag eingesetzt. Im englischen Kriegsamt wurde nach einer Meldung der „Daily News“ der Bericht besprochen, worin die Reichs- und Kaiserliche Regierung die geplanten Maßnahmen zusammengefaßt haben, die die Alliierten ergreifen können, um von Holland die Auslieferung des früheren Kaisers zu erreichen.

Von einem Ueberfall der Petersburger Bolschewiki-Truppen auf die dortige norwegische Gesandtschaft wird berichtet. Die Truppen drangen danach in die Gesandtschaft ein und bemächtigten sich des Archivs der Schweizerischen Gesandtschaft, deren Interessen zuerst von der norwegischen Gesandtschaft wahrgenommen werden.

Aufgaben und Literatur. Außerdem Medding, Von Lissi bis Zaurroggen, von Kallisch bis Karlsbad.) Der Kalvinismus. (Lit. Revue.) Deutsche Geschichte vom Ausbruch des Mittelalters.) Aus der Revolution 1789. (W. W. W. Die Revolution von 1789. A. Kautsky, Die Massenbewegungen im Zeitalter der Franz. Revolution.) Aus der Revolution 1848. (Lit. W. W. W. Die Revolution von 1848.) Jeder Schüler arbeite die ihm gegebene Literatur durch. Der Lehrer soll Schwierigkeiten beseitigen. Im übrigen waren die Ausarbeitungen selbständig. Was auf diese Weise erarbeitet war, wurde von Zeit zu Zeit wiederholt und befestigt. Das Ergebnis war hinsichtlich des geschichtlichen Verständnisses zufriedenstellend. Es übertraf bei weitem das an höheren Schulen. Schüler, die an der Hand von Kautsky die Hussitenbewegung kennen gelernt haben, die aufmerksam geworden sind auf die Klassenunterschiede zwischen den deutschen Bergwerksbesitzern und den hussitischen Arbeitnehmern, zwischen den deutschen Domherren und dem hussitischen Volk und der hussitischen niederen Weidlichkeit, die werden auch bei der Reformation in Deutschland oder England, in den Befreiungskriegen, in den Kriegen nach ähnlichen Gegenständen und ähnlichen Motiven suchen.

Die vorstehenden Zeilen hatten den Zweck zu zeigen, daß es sich bei der Reform des Geschichtsunterrichtes nicht nur um eine gründliche Veränderung in der Stoffauswahl, sondern auch um eine radikale Abkehr von der seitherigen Methode handelt.

Dr. Falter.

Vom Ursprung des Weltkrieges.

Einen interessanten Beitrag zur diplomatischen Vorgeschichte des Krieges, die auf einige Jahrzehnte zurückreicht, liefert der frühere Botschafter in London, H. v. Scharstein, der in den nächsten Tagen im Verlag Carl Curtius, Berlin, eine kleine Schrift „Diplomatische Entwürfe zum Ursprung des Weltkrieges“ erscheinen läßt. Wir entnehmen dieser Schrift folgende abschließende Bemerkungen des Verfassers über die Politik Bismarcks, der die diplomatisch begonnenen Verhandlungen mit England schlichtete und damit den Grundstein zu jener Entwicklung legte, die zum Weltkrieg geführt hat.

Wesentlich hat nie ein Staatsmann sich und seiner Politik ein größeres Armutszeugnis ausgestellt, als Bismarck im Falle eines Bündnisses der Landmacht Englands geworden.

Lautend und abermals unheilvolle Schwärmer haben dieses von Freund aus falsche Schlagwort nachgeplappert. Gerade die-

jenen, welche sich als politische Jünger Bismarcks zu bezeichnen pflegen, haben am meisten mit diesem Schlagwort gearbeitet. Das Bismarcks Hauptziel aber jahrelang in der Erreichung eines Bündnisses mit England bestand, haben diese, seine angeblichen Jünger, vor allem aber Fürst Bülow, nicht gemerkt!

Der alte Fürst Rantzau, welcher viele Jahre Botschafter in London und dann in Paris war, sagt in einem Brief, den 14. April 1898 datierten Schreiben an Scharstein: „Ich danke Ihnen für Ihre interessanten Mitteilungen aus Hamburg. Ich weiß es ja, Bismarck hat von jeder ein Bündnis mit England haben wollen. Da er es aber nicht haben konnte, war er bei seinem charakteristischen Temperament zeitweise sehr gegen England aufgebracht. Dies zeigte sich ja auch noch bei seinen Hamburger Auftritten der letzten Jahre. Als Lothar Bucher im Auftrage Bismarcks 1875 plötzlich in geheimen Mission in London erschien, um die Möglichkeit eines englischen Bündnisses mit mir zu erörtern, rief ich ihm dringend ab, irgendwelche Schritte in dieser Richtung zu unternehmen, weil ich genau wußte, daß England damals nicht bündnisfähig war. Trotzdem erfolgten Schritte und Lothar Bucher holte sich einen ordentlichen Korb. Das hielt aber Bismarck nicht ab, immer von neuem zu versuchen. Vielesicht wird England jetzt allmählich bündnisfähig. Jedenfalls wäre es ein Sorgen für die ganze Welt, wenn Deutschland und England sich einigten und dieses durch ein festes Bündnis festzulegen könnten. Das würde aber vor allem auch im Interesse beider Nationen selbst sein. Lord Spencer, der mich kürzlich besuchte, glaubt, daß die englische Regierung bereit ist, uns die weitgehenden politischen Konzeptionen zu machen. Aber er ist so in der Opposition der Regierung und deshalb wachte er auch keine Einzelheiten zu nennen.“

Ein anderes Armutszeugnis stellt sich Fürst Bülow mit der Erklärung aus, er habe seine ganze auswärtige Politik auf den Bau der Flotte eingestellt. Seit wann muß sich denn die Politik der Flotte unterordnen? Meer und Flotte sollen doch seit Menschen-gedenken nichts weiter als Instrumente der Politik sein! Das Fürst Bülow politische Weisheit letzter Schluss war aber der Bau der Flotte. Das Resultat dieser katastrophalen Politik liegt heute jeder jedem zu deutlich vor Augen.

Wenn Bismarcks Politik in erster Linie darauf gerichtet war, feindliche Koalitionen zu verhindern, so scheint Wilhelm II. es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die ganze Welt in einer Reaktion gegen Deutschland zu vereinigen.

Mit welcher Weiskraft ihm diese schwierige Aufgabe, unterstützt von seinen Trabanten Bülow, Bethmann Hollweg, Tirpitz, den Herren Dolgeneren usw. gelüftet ist, zeigt das Ergebnis. Aber die Zukunft Deutschlands lag ja auf dem Wasser, und es sollte einen Pfah an der Quelle erhalten!

Gewerkschaftliches.

Abkommen zwischen Unternehmer- und Angestelltenverbänden.

Vom Bund der technisch-industriellen Beamten wird uns geschrieben: Das Abkommen der Unternehmer- und Gewerkschaftsverbände über die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse erstreckt sich auch auf die Angestelltenorganisationen. Zur Durchführung dieser Aufgabe finden zurzeit Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen statt und es ist zu erwarten, daß schon im Laufe der nächsten Woche die Einsetzung der paritätischen Sachausschüsse erfolgen wird.

Im Hinblick auf die zu erwartenden kollektiven Abmachungen geben nun bereits einzelne Betriebsleitungen hiesiger Industriewerke bekannt, daß die jetzt laufenden Gehaltsaktionen, Verhandlungen der Angestelltenausschüsse usw. bis zum Abschluß der von den Organisationen geführten Verhandlungen zurückgestellt werden müßten. Wir müssen demgegenüber ausdrücklich betonen, daß die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit der Industrieangestellten innerhalb der einzelnen Betriebe durch die demnächst zu treffenden kollektiven Abmachungen keineswegs beschränkt werden darf. Es ist auch vorerst gar nicht zu übersehen, inwieweit die kommenden Verhandlungen zu einer Verständigung führen werden und welcher Spielraum nach dem generellen Abkommen für die örtlichen und im Betriebe zu treffenden Vereinbarungen noch verbleibt. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß die im Gange befindliche Gehaltsbewegung der Berliner Industrieangestellten abgebrochen wird, solange nicht in den einzelnen Betrieben befriedigende Ergebnisse erzielt werden.

In den Streik getreten. Die Arbeiter und Angestellten der Firma Robert Fabig, S. m. b. H., Charlottenburger Ufer 17/17a, sind am Donnerstag, den 28. November, in passiver Resistenz getreten, da ihre Forderung auf Regelung der Arbeitszeit und Grundlöhne abgelehnt wurde.

Groß-Berlin.

Wo kommt der Zucker her?

Der Zucker ist durch die Rationierung den Haushaltungen äußerst knapp zugemessen. Er langt kaum aus, den Kaffee etwas zu süßen, geschweige denn gar für die Zubereitung von Suppen und dergleichen. Aus der knappen Zuteilung könnte der Süßholz gezogen werden, daß der Zucker äußerst knapp sei. Das mag auch zutreffen, aber nur im bedingten Maße. Denn geht man jetzt durch die Straßen Berlins, so sieht man in allen Konfektwarengeschäften Berge von Bonbons, Keksen und dergleichen zum Verkaufe angeboten. Auch auf der Straße selbst werden an allen Ecken und Kanten Bonbons feilgehalten. Und zwar zu einem Preise, der für den kleinen Mann unerträglich ist.

Wo kommt der Zucker her, von dem all diese Herrlichkeiten hergestellt werden? Er kann nur verschoben worden sein; denn auf reelle Art und Weise können unmöglich derartige Zuckermengen in die Hände der Bonbonfabrikanten gelangen. Der Zucker ist aber ein unentbehrliches Volksnahrungsmittel. Alle Bestände müssen daher den breiten Volksmassen zugeführt werden. Wenn nicht schnell und mit starker Hand eingegriffen und dem Zuckerschleichhandel ein Ende gemacht wird, ist zu erwarten, daß die Bonbonfabrikation noch üppiger in die Blüte schreift und dem Haushalt die bisherigen Rationen noch mehr gekürzt werden.

Die Art, wie der Zucker jetzt verschleudert wird, muß in weiten Volksschichten große Erbitterung hervorrufen. Die Regierung hat die Pflicht, schleunigst nach dem Rechten zu sehen. Es müssen alle Nahrungsmittel erfasst und der Volksernährung zugeführt werden. Dazu gehört auch, wie schon gesagt, der Zucker. Wir sind überzeugt, es werden ganze Berge aus Licht kommen, wenn entsprechende Hausordnungen vorgenommen werden. Das darobende Berlin verlangt das Ende des Schleichhandels, gleichviel auf welchem Gebiete er sich breit macht. Und nichts verdirbt die Stimmung der Bevölkerung mehr, als wenn unter der neuen Regierung der Schleichhandel des alten Systems, der uns gerade auf dem Gebiete der Volksernährung an den

Rand des Barunds gebracht hat, weiter sein Antreiben treibt.

Tagung der A- und E.-Räte für Nieder-Barnim.

Im Berliner Lehrervereinshaus trafen am Sonntag die Arbeiter- und Soldatenräte für Nieder-Barnim zu einer Sitzung zusammen. Baumeister berichtete über die Richtlinien für die weitere Tätigkeit und betonte, daß an der Parität zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der U. S. P. festgehalten werden müsse. Arbeiter- und Soldatenräte sollen möglichst überall gebildet werden, aber nur durch sozialdemokratische Parteiorganisationen, wenn solche in den Orten sind. Die Spiekbürger mitwählen zu lassen, haben wir keinen Anlaß. Neben den Arbeiter- und Soldatenräten sollen in ländlichen Gemeinden Bauernräte als Sachverständige mitwirken. Aber keine Kontrolle über die Gemeinden haben. Sie dürfen Delegierte in die Arbeiter- und Soldatenräte entsenden, doch in so mäßiger Zahl, daß sie nicht entscheidenden Einfluss gewinnen können. Die Landarbeiter gehören in die Arbeiterräte hinein. Wichtig sei die Agitation für die Wahl zur Nationalversammlung. Es dürfe keine öffentliche Versammlung stattfinden, ohne daß Aufnahmescheine für beide sozialdemokratische Parteien verteilt werden.

In der Diskussion wurde vor allem der Ruf nach Einigkeit wach. Die Selbstzerstückelung sei nur zu Ruhen des Bürgerturns. Klagen wurden darüber laut, daß die Landwirte vielfach ihre Pflanzungsfrist nicht einhalten und dadurch die Lebensmittelversorgung gefährden. Ein Antrag Schröder (Zehlendorf), alle Mandate der Arbeiter- und Soldatenräte dahin zu prüfen, ob die geeigneten Personen, die der Sache des Volkes dienen, in ihnen vertreten sind, und ob nicht in den ländlichen Gemeinden die Räte unter dem Einfluss der alten Reichshäuser gewählt worden sind, wurde angenommen. Grosche (U. S. P.) und Baumeister (Soz. Partei) wurden zur bevorstehenden Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte als Delegierte gewählt.

Kritik gegen die „Freiheit“. Von einem Soldaten wird uns geschrieben: „Als ich am Freitag auf dem Bahnhof Friedrichstraße in den Räumen des Roten Kreuzes weilete, erschien ein Verkäufer und bot den Soldaten die „Freiheit“ an. Im Nu waren die Säckchen des Roten Kreuzes über den Mann her und untersuchten ihm den Weiterverkauf des Blattes mit dem Aufse: „Muss mit ihm, das ist die Zeitung Karl Liebknecht!“ Meine ruhige, aufklärende Antwort fruchtete nichts, sondern ich wurde selbst nach von den Damen vorgenommen.“ Wir haben schon wiederholt auf die Sache gegen die „Freiheit“ hingewiesen. Die Damen vom Roten Kreuz in der Erfrischungskasse des Bahnhof Friedrichstraße scheinen von dieser Sache angestekt worden zu sein und verwechseln nun die „Freiheit“ mit der „Roten Fahne“. Wir können unsern Verkäufern nur noch einmal raten, keine Unterdrückung zu dulden und sich in dem Verkauf der „Freiheit“ nicht behindern zu lassen, von welcher Seite die Widerhände auch kommen mögen.

Volksversammlung im 4. Kreis. In der am 1. Dezember stattgefundenen Viertelversammlung des 4. Kreises im Pöhmischen Brauhaus wurde vom Genossen Krause über „Die Arbeiterklasse im neuen Deutschland“ referiert. Seine Ausführungen gingen dahin, daß in Bezug auf die Wahlen zur Nationalversammlung die Aufklärung über Sozialismus noch im ergiebigsten Maße geführt werden müsse. In der Diskussion wurde von einzelnen Genossen zum Ausdruck gebracht, daß im weitesten Maße den Genossen der Reichssozialisten unsere Ansicht gegenüber der ihrer Führer zum Bewusstsein gebracht werden müsse. Sie haben bis zum letzten Augenblick den Bürgerlichen ihre Tribute gezollt. Welter wurde auf das neue Organ „Die Freiheit“ hingewiesen und die weiteste Verbreitung dieses Blattes gewünscht. Alle Nummern sollten nicht vernichtet, sondern weitergegeben werden, besonders auf das Land an Bekannte usw. versandt werden.

Weihnachtsverkehr auf der Post. Wegen der bevorstehenden Weihnachtssendungen richtet die Postverwaltung nachstehende Wünsche an die Absender, deren Erfüllung wesentlich dazu beitragen würde, die glatte Abwicklung des Weihnachts-Postverkehrs zu erleichtern. Die Pakete sind unter Verwendung guter Verpackungstoffe recht dauerhaft herzustellen; in das Paket ist obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und barbar herzustellen, der Name des Bestimmungsorts unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; auf den Paketen selbst hat der Absender seinen Namen und Wohnort nebst Wohnung zu vermerken; die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern

und, wenn irgend möglich, freigumachen. — Für die Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Dezember werden zur Beförderung unter Wertangabe (bis 100 M. und über 100 M.) von Briekalperson nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Beförderung unter Wertangabe ausgeschlossen.

Arbeitsnachweis für Ärzte. Die Kergelammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin hat für die Zeit der Demobilisierung einen Arbeitsnachweis für die Zwecke der Unterbringung der aus dem Felde heimkehrenden Ärzte eingerichtet. Der Nachweis befindet sich in den Räumen der Kergelammer, Säcklingstraße 9, und ist geöffnet: werktäglich von 9-4 Sonnabends von 9-4 Uhr. Kosten erwachsen durch die Inanspruchnahme des Nachweises nicht.

Das Märkische Museum ist vom Sonntag, den 1. Dezember, ab täglich außer Sonnabends von 10-1 Uhr für die Besichtigung geöffnet.

Der Schwinbel steht noch immer in bester Blüte. Dieser Tage kam ein Arbeiter R. vom Kottbuser Damm aus der Ukraine in Berlin an. Ein Reiselord enthielt Speck, Fleisch und Würstchen, ein zweiter Kartoffeln und andere Lebensmittel und in einem Kufack waren noch weitere Festigkeiten untergebracht. R. kam mit der weichen Binde der Sicherheitsmannschaften an ihn heran und „beschlagnahmte“ ihm alles. R. war ganz verblüfft und fragte, wie denn das komme. Der „Sicherheitskardat“ erwiderte kurz: das sei in Berlin jetzt nun einmal nicht anders. Da dachte er, wenn es nun schon so stehe, dann werde es auch nicht ausgedehnt sein, daß er für Geld und gute Worte seine Sachen wiederbekomme und bot einen Hundertmarktschein an. Das war jedoch dem „Sicherheitsbeamten“ zu wenig, ein „Blauer“ erklärte er, genüge nicht. Da ließ er die Waren unter seiner Obhut und verschaffte sich noch vier Blau dazu. Unterdessen holte der „Sicherheitskardat“ einen Mann mit einem Handwagen heran. Zurückkehrt, bot er nun 500 Mark, die sein ganzes Vermögen seien. Gerührt brachtete nun der Sicherheitskardat auf einen Hundertmarktschein. Den nahm aber jetzt der Führer des Handwagens. Dann gaben die beiden dem Harmeisen leblich den Korb mit den Kartoffeln zurück und fuhren mit dem anderen und dem Kufack davon. Zu spät erkannte er, daß er Schwinbeln in die Hände gefallen war. Diese sind noch nicht ermittelt.

Aus der Partei.

In einer großen öffentlichen Versammlung, die von der U. S. P. D. Ortsgruppe Jena einberufen war, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung stellt sich rückhaltlos auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen neuen Rechtsverhältnisse. Der Ziel der politischen Umwälzung ist konstant: nämlich die Zusammenfassung der verschiedenen deutschen Bundesstaaten und des freien Anschluß suchenden Deutschen Reiches zu einer einheitlichen freien Volksgemeinschaft; wirtschaftlich die endgültige Beseitigung des staatsbedingten, völkerverfälschenden kapitalistischen Systems und dessen Ersetzung durch die sozialistische Bedarfswirtschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig aufhebt.

Wirft die Demokratie hat die vorberühmte Sicherung der tatsächlichen wirtschaftlichen Gleichheit aller Volksgenossen zur ersten und unerläßlichen Voraussetzung.

Die von den bisher herrschenden Klassen und Gewalten jetzt geforderte Demokratie läuft auf eine Scheindemokratie hinaus, die unter rücksichtslos und ungestörter Ausnutzung der bürgerlichen wirtschaftlichen Macht, wie durch fast lückenloses Beeinflussungsmonopol durch die Presse die feierlichen Volksmassen um die Früchte der Revolution betrogen will.“

Welter verlangt die Revolution, daß vor Zusammentritt der Nationalversammlung die Errungenschaften der sozialen Revolution grundsätzlich festgelegt sein müssen. Zu diesem Zweck sei zunächst die schleunige Zusammenfassung und der Ausbau der örtlichen A- und E.-Räte zur vorläufigen gesetzgebenden und ausübenden Gewalt erforderlich. Zur wirksamen Sicherung der Errungenschaften der Revolution sei die restlose Einordnung aller Arbeiter in die Kampforganisation der unabhängigen sozialdemokratischen Partei unbedingt erforderlich.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Nestle, Berlin-Wilmersdorf, Druck der Lindenbruderei und Verlagsbuchhandlung m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis U. S. P. D.

Am Montag, den 2. Dezember abends 8 Uhr, finden

3 Frauenversammlungen

statt.

Graumann, Raunynstraße 27, Scholz, Andreasstraße 21, Böder, Weberstraße 17.

Tagesordnung: Vortrag der Genossinnen fahrenwald, Wurm, Reichert.

Die Frauen und die Revolution.

Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand.

September 6. B.
Am 28. 11. nach 12 Uhr nach mehrer Verhändlungen der Genossin
Paul Krafft
in Gegenwart in Nauener.
Scheine seinen Mandatent
Die Verhändlung haben Dienstag, 3. 12. 1918, nachmittags 5 Uhr bei dem Vorstand der Genossin am Kreuzbühl am 2. 12. 1918.
Der Vorstand.

Neutölln U. S. P.
Dienstag, den 3. Dezember 1918, abends 7 1/2 Uhr,
für den 14. Bezirk
Außerordentl. Bezirksversammlung
(Wahl d. Vertreter 3. Arb. u. Sold.-Rat)
bei **Mewes**, Emsler Str. 94.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Genossinnen und Genossen des Bezirks pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Fredersdorf-Petershagen U. S. P. D.
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, den 3. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, bei **Jeske**, Fredersdorf.
Gäste willkommen!

Bestellschein.
Bitte hier auszufüllen, ausfüllen und einreichen an den Verlag der „Freiheit“
Berlin NW. 6, S. 1918, Schiffbauerdamm 19.
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
ab 1 Exemplar der zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung
„Die Freiheit“
Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
zum Preis von M. 2.00 monatlich bei freier Zustellung ins Postamt.
Name: _____ Straße: _____
Ort: _____
(Name deutlich schreiben, überliefern genau aufpassen.)